



Antrag

Vorlage-Nr.:	AT/0009/2011		Datum:	08.02.2011			
Verfasser:	01-CDU-Ratsfraktion		Az:				
Gremienweg:							
19.05.2011	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>	geändert
	TOP		öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
Betreff:		Antrag der CDU-Ratsfraktion: Mitteilungspflicht des Stadtvorstandes an den Stadtrat zu abgelehnten Finanzierungen und damit nicht Umsetzung von früheren Etatpositionen.					

Beschlussentwurf:

Der Stadtvorstand wird verpflichtet, nach Entscheidungen zu fehlender Mittelfreigabe bzw. aufschiebender Kontrolle durch die ADD, den Stadtrat oder den Haupt- und Finanzausschuss unverzüglich zu informieren.

Begründung:

Die CDU-Fraktion stellt immer mal wieder fest, dass wegen fehlender Mittelfreigaben durch den Stadtvorstand oder die ADD, Etatposten bis 2010 nicht umgesetzt und der Stadtrat darüber nicht zeitnah informiert wurde.

Auch kleine Maßnahmen wie Projekt P 661095 „Bahnunterführung Schützenhof“ oder P 661096 „Treppenanlagen Am Spitzberg ...“ sind darunter.

Dies wiederum haben die Fraktionen oft als „Vertreter der Bürger“ in den Etat der Stadtverwaltung eingebracht. Ein quasi „unter den Tisch fallen“ führt zu Bürgerunmut, Unverständnis und Verärgerung mit den gewählten Bürgervertretern im Stadtrat.

Die CDU-Fraktion wünscht daher, über „abgesetzte“ Maßnahmen unverzüglich im Stadtrat oder im Haupt- und Finanzausschuss informiert zu werden. Damit soll einer möglichen Aushöhlung des Budgetrechts des Stadtrates entgegengewirkt bzw. der Stadtrat frühzeitig über laufende Veränderungen des Etats informiert werden.